

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eigentlich sollte pünktlich zum vierten Jahrestag des Beginns der russischen Invasion in der Ukraine am 24. Februar das 20. Sanktionspaket der EU gegen Russland veröffentlicht werden. Weil jedoch die nötige Einstimmigkeit unter den 27 EU-Ländern nicht erreicht werden konnte, befindet sich das Sanktionspaket weiterhin in der Warteschleife. Ungarn und die Slowakei haben zur Bedingung für eine Einigung unter anderem eine schnelle Wiederherstellung russischer Öllieferungen durch die Ukraine gemacht, die im Januar ausgesetzt wurden. Die Ukraine wiederum führt die Lieferunterbrechung auf Kriegszerstörungen und aufwändige Reparaturen an der Druschba-Pipeline zurück. Ungarn blockiert zusätzlich auch den geplanten Milliardenkredit der EU zur weiteren Finanzierung der Ukraine.

In diesem Sanktionsupdate zeichnen wir für Sie die Debatten nach und fassen die bislang bekannten Inhalte des 20. Sanktionspakets zusammen. Zu den Maßnahmen könnten erstmals auch Exportverbote für besonders kritische Güter gegen Drittländer gehören. Die EU setzt in diesem Zusammenhang aktuell Kirgisistan unter Druck. Dem zentralasiatischen Land wird vorgeworfen, insbesondere die Weiterleitung kriegswichtiger Werkzeugmaschinen und Funktechnik nach Russland nicht entschieden genug zu bekämpfen. Kirgisistan sieht sich zu Unrecht beschuldigt und will sich vor Gericht wehren.

Im Gegensatz zur EU hat Großbritannien Ende Februar ein neues, umfangreiches Sanktionspaket gegen Russland vorgelegt, über das wir ebenso berichten, wie über Maßnahmen der Bundesregierung zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren in der Exportkontrolle, die seit Anfang Februar gelten.

Wie immer freuen wir uns über Ihre Hinweise und Anregungen zum neuen Update!

Ihre Redaktion

OA-Update 2026/02
Stand: 3. März

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Jahrespressekonferenz des Ost-Ausschusses: Handelszahlen 2025 – Unternehmen setzen weiter auf Osteuropa

Der Außenhandel Deutschlands mit Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien ist 2025 überdurchschnittlich gestiegen. Das Handelsvolumen mit den 29 Zielländern des Ost-Ausschusses wuchs um 3,4 Prozent auf gut 550 Milliarden Euro und damit etwas stärker als der deutsche Außenhandel insgesamt (+2,4 Prozent). Das belegen die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes für das Gesamtjahr 2025, die der Ost-Ausschuss am 24. Februar in einer Pressekonferenz vorgestellt hat. Eine aktuelle Umfrage des Ost-Ausschusses mit KPMG zeigt zudem, dass deutsche Unternehmen auch für die Zukunft optimistisch nach Mittel- und Osteuropa blicken und dort steigende Umsätze erwarten. Nach Polen wird die Ukraine als zweitwichtigstes Investitionsziel genannt. Gleichzeitig nimmt der Wettbewerbsdruck in der Region vor allem durch China und die USA spürbar zu.

„Mercosur oder Indien mögen in Zukunft wichtig werden – die Gegenwart heißt Mittel- und Osteuropa“, sagte die Ost-Ausschuss-Vorsitzende Cathrina Claas-Mühlhäuser bei der Pressekonferenz in Berlin. „Die Region hat erneut einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft geleistet. Und die Wachstumspotenziale sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft.“ Der Ost-Ausschuss fordert deshalb von der Politik, den EU-Binnenmarkt zu vertiefen, die Integration der Westbalkanländer, der Ukraine und Moldaus voranzutreiben und die Beziehungen mit Zentralasien auszubauen.

Insgesamt erhöhten sich die deutschen Exporte in die Ost-Ausschuss-Region um 3,3 Prozent auf 288 Milliarden Euro. Fast jedes fünfte deutsche Exportprodukt geht in die Länder dieser Region, nur jedes 50. in die Mercosur-Staaten und nach Indien. Allein die Ausfuhren nach Polen und Tschechien legten im Vorjahr um fast neun Milliarden Euro zu, gefolgt von Slowenien, Rumänien und Kroatien. Besonders erfreulich: Die deutschen Exporte in die Ukraine stiegen 2025 um gut eine Milliarde Euro (+12,5 Prozent). Die Einfuhren aus Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien kletterten um 3,6 Prozent auf 262 Milliarden Euro.

Belarus (-63 Prozent) und Russland (-13 Prozent) waren aufgrund der Sanktionen erneut die großen Verlierer im deutschen Osthandel. „Die Warenlieferungen sind wegen der Situation deutlich gesunken und beschränken sich auf sehr wenige, nicht sanktionierte Bereiche“, so Claas-Mühlhäuser. Diese Rückgänge werden aber durch die starken Ergebnisse in Mittel- und Südosteuropa mehr als ausgeglichen.

Deutscher Handel mit Russland 2025 nach Gütergruppen:
[Deutscher Außenhandel mit Russland 2025.pdf](#)

Deutscher Handel mit der Ukraine 2025 nach Gütergruppen:
[Deutscher Außenhandel mit Ukraine 2025.pdf](#)

Deutscher Handel mit Belarus 2025 nach Gütergruppen:
[Deutscher Außenhandel mit Belarus 2025.pdf](#)

„Die Unterstützung der Ukraine bleibt ein Kernanliegen des Ost-Ausschusses und der deutschen Wirtschaft insgesamt“, betonte die Ost-Ausschuss Vorsitzende Claas-Mühlhäuser im Rahmen der Pressekonferenz mit Blick auf den vierten Jahrestag des Beginns der russischen Invasion. „Trotz des Krieges sind die in der Ukraine aktiven deutschen Unternehmen dem Land treu geblieben, leisten erhebliche Hilfe und investieren strategisch in neue Projekte.“ Die Ergebnisse des deutschen Engagements sind in konkreten Zahlen sichtbar: Neben steigenden deutschen Exporten in die Ukraine hat der Bund seit Kriegsbeginn rund 50 Investitionsgarantien für Vorhaben in der Ukraine übernommen. In der Ost-Ausschuss-Umfrage mit KPMG erwägen 43 Prozent der befragten 115 Unternehmen dort Investitionen – hinter Polen liegt die Ukraine auf Platz zwei unter den bevorzugten Investitionszielen im östlichen Europa.

An die Bundesregierung und die EU appelliert die Ost-Ausschuss-Vorsitzende bei der Mittelvergabe an die Ukraine oder andere Länder die Angebote der deutschen und europäischen Wirtschaft stärker zu berücksichtigen und Ausschreibungen an entsprechende Bedingungen zu knüpfen. „Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung mit Steuergeldern hilft und am Ende dann vorrangig China und andere Länder bei Ausschreibungen zum Zug kommen“, sagte Claas-Mühlhäuser.

Vollständige Pressemitteilung:

[Unternehmen setzen weiter auf Osteuropa | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Studie zum Engagement deutscher Unternehmen in Osteuropa:

[German-Central and Eastern European Business Outlook 2026](#)

Aktuelle Handelsstatistiken:

[Statistiken | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Zwischenbilanz zum Hilfsaufruf: Wärme für die Ukraine!

Anfang Februar hatte der Ost-Ausschuss zu dringend benötigten Material- und Geldspenden für die weitgehend zerstörte Energieversorgung in der Ukraine aufgerufen, um den Menschen inmitten des härtesten Kriegswinters zu helfen. Jetzt können wir eine Zwischenbilanz ziehen und danken allen Unternehmen und Privatpersonen, die bereits geholfen haben oder noch helfen möchten. Die Resonanz ist beeindruckend:

Materialspenden

Über 20 Unternehmen und Initiativen haben sich gemeldet – mit Angeboten von Hochleistungs-Gasbrennern, Dieselgeneratoren, Heizkesseln und Heizkörpern, Schaltanlagen, Trafos, Ventilatoren, bis hin zu ganzen Windkraftanlagen. Alle Angebote leitet der Ost-Ausschuss an die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH weiter. Diese erhebt den Bedarf vor Ort und vermittelt die Materialspenden und -angebote. Direkter Kontakt zum Team der Spendenkampagne der GIZ: helpenergyukraine@giz.de

Geldspenden

Die gemeinnützige Organisation Ukraine2Power verteilt Wärme- und Überlebenskits im Wert von bis zu 80 Euro – bestehend aus Gaskochern, Schlafsäcken, Powerbanks, Wärmepflastern und mehr. Nach dem Ost-Ausschuss-Aufruf kamen bislang fast 400.000 Euro zusammen – genug für 5.000 Wohnungen.

Großspenden kamen unter anderem von den Unternehmen Gebr. Heinemann SE & Co. KG, Robert Bosch GmbH, AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH und vom Ost-Ausschuss selbst.

Spenden an Ukraine2Power sind mit Spendenquittung möglich über WE AID 

<https://spende.we-aid.org/U2P>

Die Lage im ukrainischen Energiesektor bleibt dramatisch. Neben akuter Nothilfe beginnt jetzt auch die Vorbereitung des Wiederaufbaus der Energieinfrastruktur. Bitte unterstützen und teilen Sie den Hilfsaufruf weiter.

Hier finden Sie den vollständigen Aufruf:

[Zwischenbilanz zum Hilfsaufruf: Wärme für die Ukraine! | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

Beschleunigung der Genehmigungsverfahren in der Exportkontrolle

Am 1. Februar 2026 ist in Deutschland ein Maßnahmenpaket zur Beschleunigung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren in der Exportkontrolle in Kraft getreten. Dieses Paket wird vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) umgesetzt und soll insbesondere für Rüstungs- und Dual-Use-Güter die Abläufe effizienter gestalten, bürokratische Hürden abbauen und Verfahren insgesamt verkürzen.

Kernpunkte dieses Maßnahmenpakets:

- **Ausweitung und Aktualisierung Allgemeiner Genehmigungen (AGG):**
Mit der Einführung weiterer Allgemeiner Genehmigungen können Unternehmen bestimmte Güter in vordefinierte Bestimmungsländer liefern, ohne für jede einzelne Ausfuhr einen gesonderten Antrag stellen zu müssen. Dadurch soll ein großer Teil der bisher notwendigen Einzelgenehmigungen entfallen – was die Bearbeitungszeiten deutlich reduzieren würde.
- **Stärkung der Entscheidungsbefugnisse des BAFA:**
Das BAFA, das für die Erteilung von Exportgenehmigungen zuständig ist, erhält erweiterte Kompetenzen, um selbstständiger über Anträge entscheiden zu können. Dies soll dazu beitragen, dass Entscheidungen schneller fallen und weniger interne Abstimmungsprozesse notwendig sind.

- **Abbau bürokratischer Hürden:**
Durch die Neuregelungen sollen administrative Prozesse verschlankt werden. Klassische Hemmnisse wie mehrfach erforderliche Nachweise und langwierige Prüfungen in Routinefällen sollen reduziert werden, indem Genehmigungsprozesse digitalisiert und vereinheitlicht und Standardverfahren für häufige Exporttransaktionen etabliert werden.

In der Summe zielt das Paket darauf ab, die deutsche Exportkontrolle effizienter, wirtschaftsfreundlicher und zugleich rechts- und sicherheitspolitisch verantwortbar zu gestalten.

Zum Maßnahmenpaket organisiert das Bundeswirtschaftsministerium am 17. März ein Verbändegespräch. Dabei soll es um die Inhalte des Maßnahmenpakets und Möglichkeiten zur weiteren Verbesserung, um die Europäisierung der Exportkontrolle im Rüstungsbereich sowie um aktuelle Entwicklungen in der Exportkontrolle gehen. Mitgliedsunternehmen, die hierzu Beobachtungen und Anregungen haben, können sich gerne an den Ost-Ausschuss wenden.

[BAFA - Ausfuhrkontrolle - Exportkontrolle: Maßnahmenpaket zur Beschleunigung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren tritt zum 1. Februar in Kraft](#)

[BAFA - Außenwirtschaft - Exportkontrolle Aktuell – Sonder-Newsletter](#)

Deutschland darf Rosneft-Kontrolle langfristig übernehmen

Die Europäische Kommission hat der Bundesregierung die vollständige und alleinige Kontrolle über das Deutschlandgeschäft von Rosneft gestattet. Dazu gehört auch die Raffinerie PCK Schwedt, die seit 2022 – wie alle deutschen Vermögenswerte des staatlichen russischen Ölproduzenten – treuhänderisch von der Bundesnetzagentur verwaltet wird. Laut Kommission bestehen aufgrund der begrenzten Marktstellung des Unternehmens keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken gegen die Übernahme. Dadurch entfällt künftig auch die bisher alle sechs Monate erforderliche Verlängerung der Treuhandverwaltung.

Kurz nach dem Urteil hat die Bundesregierung auf Basis einer neuen Rechtsgrundlage die Bundesnetzagentur als Treuhänderin für die deutschen Tochtergesellschaften des russischen Energiekonzerns eingesetzt, wie das Wirtschaftsministerium 28. Februar in Berlin mitteilte. Sie gilt für die Firmen Rosneft Deutschland GmbH und RN Refining & Marketing GmbH.

Die Netzagentur erhält damit auch die Kontrolle über den jeweiligen Anteil an den drei Raffinerien PCK Schwedt in Brandenburg, Miro in Karlsruhe und Bayernoil in Vohburg an der Donau (Bayern), wie die Deutsche Presse-Agentur berichtet. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums vereint Rosneft Deutschland rund 13 Prozent der deutschen Erdölverarbeitungskapazität auf sich. Die Anordnung gewährleiste vor allem die

Versorgung der Bundesländer Berlin und Brandenburg mit Mineralölprodukten und sichere den Standort Schwedt, hieß es.

Die russische Wirtschaftszeitung RBC spekuliert darüber, dass die Bundesregierung voraussichtlich die Rosneft-Anteile erwerben wird. Demnach existieren zwei unabhängige Wertschätzungen der Vermögenswerte, wie der russische Energieanalyst Alexej Belogorjew erläutert: Ein Audit im Auftrag von Rosneft ermittelte einen Wert von 6,5 Milliarden Euro, was dem vollen Assetwert entsprechen dürfte. Eine zweite Schätzung, durchgeführt auf Initiative der Bundesregierung, liegt mit 3,5 bis 4 Milliarden Euro deutlich darunter. Diese berücksichtigte einen „Sanktionsrabatt“ und sei daher näher an einem realistischen Kaufpreis, so Belogorjew.

Sollten sich beide Seiten nicht auf einen Preis einigen, könnte Deutschland auf das Energiesicherheitsgesetz zurückgreifen und einen selbst gewählten Betrag auf ein Sperrkonto bei einer deutschen Bank einzahlen. Belogorjew geht jedoch davon aus, dass sowohl die Bundesregierung als auch die EU-Kommission eine einvernehmliche Lösung bevorzugen, um den Eindruck einer „heimlichen Konfiszierung“ vor der Weltöffentlichkeit zu vermeiden.

[EU allows Berlin to take long-term control of Rosneft's German assets | MarketScreener](#)

[Russlandkonflikt: Bund verlängert Treuhandverwaltung für Rosneft Deutschland](#)

[В Европе одобрили покупку Германией немецких активов «Роснефти» — РБК](#)

dekoder Wissen+:

Wie China die russische Drohnenindustrie mit deutscher Motortechnik versorgt

Das mehrfach mit dem Grimme Online-Award ausgezeichnete deutsche Online-Medium dekoder hat ein neues Angebot mit vertieften Analysen zu aktuellen Entwicklungen rund um Russland, Belarus und den russischen Krieg gegen die Ukraine gestartet. Die Analysen erscheinen zweimal monatlich und basieren insbesondere auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Der Abo-Preis liegt bei 7 Euro im Monat.

In der Ausgabe Ende Januar, die wir hier exklusiv für alle Abonnenten des Sanktions-Updates kostenlos zugänglich machen können, geht es um die Rolle Chinas für den russischen Angriffskrieg und die Umgehung von westlichen Sanktionen über China.

Motortechnologie von Xiamen Limbach

Wie dekoder darin berichtet, hat der Import von Drohnen-Komponenten durch Russland 2025 enorm zugenommen: Steuerungen, Motoren, Kameras – nach ukrainischen Schätzungen stammten bis zu 70 Prozent der Bauteile aus China, einige westliche Bauteile würden zudem über China nach Russland geschmuggelt.

Fast 55.000 Angriffsdrohnen im Wert von 17.000 bis 43.000 Euro habe Russland allein 2025 auf die Ukraine abgefeuert, täglich würden etwa 400 von Russland hergestellt. Die am häufigsten eingesetzte Drohne Shahed-136 bzw. Geran, sei ursprünglich unter Nutzung deutscher Technologie im Iran konstruiert worden.

„Entwickelt 1987 in Königswinter, werden illegale iranische Kopien des Flugzeugmotors Limbach L550E spätestens seit 2014 in Shahed-136 -Drohnen eingebaut. Während diese zu Beginn der russischen Großinvasion eine Schlüsselrolle spielten, wurde schnell klar, dass nur China in der Lage ist, die russische Produktion industriell umfangreich zu unterstützen. Heute steckt in einer Shahed-Drohne meistens ein Motor des chinesischen Unternehmens Xiamen Limbach, das inzwischen auch Eigentümer der Limbach Flugmotoren GmbH in Königswinter ist“, schreibt dekodeer.

Hier finden Sie die vollständige Analyse exklusiv zum Kennenlernen des dekodeer-Angebots:

https://wissenplus.dekodeer.org/p/china-russland-krieg?gift_content=46a187e2-cad0-4c16-af4b-2073e81c1be5

Weitere Informationen zum neuen Analyse-Newsletter von dekodeer:

[Home | dekodeer wissen+](#)

Mehr zum Thema China und Drohnen:

[Russian drones and missiles are 70% made with Chinese components | RBC-Ukraine](#)

Verhaftungen in Hamburg: Illegaler Import aus Russland

Ein Geschäftsführer dreier Firmen aus Hamburg steht laut Spiegel-Online im Verdacht, in mehr als 900 Fällen gegen EU-Sanktionen gegen Russland verstoßen haben. Waren im Wert von mehr als vier Millionen Euro sollen mittelbar aus Russland eingeführt worden sein, obwohl deren Import durch die EU verboten worden war. Der Spiegel beruft sich auf eine Mitteilung des Zollfahndungsamts Essen. Es habe am 18. Februar Durchsuchungen in den drei Firmen gegeben, sagte dessen Sprecher. Dabei stellten die Ermittler demnach zahlreiche Geschäftsunterlagen und Speichermedien als Beweismittel sicher. Zudem wurden zwei Luxuslimousinen beschlagnahmt und Vermögen von 3,5 Millionen eingefroren, damit diese während des Ermittlungsverfahrens nicht verschoben oder versteckt werden können.

[Hamburg: Razzia gegen mutmaßlichen Russland-Embargobrecher - DER SPIEGEL](#)

Wie Autos deutscher Konzerne nach Russland gelangen

Russische Kunden werden trotz Sanktionen weiterhin recht zuverlässig mit Autos westlicher Marken versorgt, dies berichtet die Agentur Reuters. Dabei spielt China nach

Einschätzung von Reuters und China Table eine Schlüsselrolle. So gelangten in China produzierte Autos westlicher Konzerne oder nach China ausgeführte Wagen nach Russland, indem sie dort kurz zugelassen und dann als Gebrauchtwagen deklariert werden. Es handele sich dabei neben Modellen der japanischen Konzerne Toyota und Mazda auch um deutsche Luxusautos. Reuters nennt als Quellen für diese Informationen fünf in den Handel involvierte Personen.

In der Regel handele es sich um Neuwagen, die in China von Händlern oder Zwischenhändlern als verkauft registriert, anschließend als gebraucht umklassifiziert und dann exportiert werden. Als gebraucht deklarierte Neuwagen benötigten keine Genehmigung der Hersteller für Verkäufe nach Russland. Nach Angaben des russischen Marktforschungsinstituts Autostat wurde fast jedes zweite der rund 130.000 Fahrzeuge, die 2025 in Russland von Herstellern aus Sanktionsländern verkauft wurden, in China produziert.

Deutsche Hersteller haben dabei einen sehr großen Anteil. Im vergangenen Jahr wurden den Meldungen zufolge fast 47.000 neue Fahrzeuge der Marken BMW, Mercedes und Volkswagen – einschließlich Audi, Porsche und Škoda – in Russland zugelassen. Mehr als 20.000 dieser Fahrzeuge seien in China gefertigt worden. Die übrigen seien in Europa produziert und dann meist über China nach Russland weitergeleitet worden.

Die deutschen Hersteller haben die Umgehungspraxis bereits mehrfach verurteilt. Prüfungen seien allerdings „zeitaufwendig und komplex“ und erforderten die Mitwirkung Dritter, erklärte Mercedes laut China Table. BMW teilte mit, man habe die chinesische Vertriebsorganisation angewiesen, „jegliche potenziellen Fahrzeugexporte nach Russland strikt abzulehnen“

[Foreign cars flow to Russia through China, skirting Ukraine war sanctions | Reuters](#)

Summe eingefrorener Gelder in Deutschland sinkt

Die Summe der eingefrorenen privaten Vermögen im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg ist in Deutschland deutlich zurückgegangen. Im Jahr 2025 waren es noch rund 2,9 Milliarden Euro, ein Jahr zuvor noch knapp 3,3 Milliarden. 2023 lag die Summe der eingefrorenen russischen Vermögen in Deutschland sogar bei knapp 4,4 Milliarden Euro. Die Zahlen gehen auf eine Anfrage der Grünen an das Bundesfinanzministerium hervor, wie die FAZ berichtet.

Grundlage für das Einfrieren der Vermögen ist eine EU-Verordnung aus dem Jahr 2014, die nach der russischen Annexion der Krim erlassen worden ist. Demnach können Sanktionen gegen Personen erlassen werden, die für Handlungen verantwortlich sind, die sich gegen die territoriale Unversehrtheit und Unabhängigkeit der Ukraine richten.

Laut Finanzministerium haben in den vergangenen Jahren immer wieder Personen erfolgreich gegen ihre Sanktionierung geklagt und wurden dann von Listen gestrichen. Zudem unterlägen die Vermögen Bewertungsschwankungen. Das Finanzministerium prüft

nach eigenen Angaben derzeit, ob das entsprechende Gesetz zur Sanktionsdurchsetzung angepasst werden muss, um es effektiver zu gestalten.

[Trotz Sanktionen: Weniger russische Vermögen in Deutschland eingefroren | FAZ](#)

Russische Propaganda-Seiten trotz Sanktionen weiterhin erreichbar

Trotz der EU-Sanktionen gegen den russischen Staatssender Russia Today bzw. RT im März 2022 sind Inhalte des deutschen Ablegers RT DE weiterhin in Deutschland abrufbar, wie das unabhängige Recherchekollektiv Correctiv meldet. Zwar wurden die offiziellen Webseiten von der EU sanktioniert, um die Verbreitung russischer Propaganda einzuschränken, doch über zahlreiche sogenannte Spiegel-Domains – also identische Kopien der ursprünglichen Seite mit leicht veränderten Webadressen – erreicht RT DE laut Correctiv weiterhin ein Millionenpublikum. Recherchen zeigten, dass aktuell mehr als 20 solcher Domains problemlos über große deutsche Internetanbieter zugänglich sind.

Die EU-Verordnung untersagt ausdrücklich auch neu eingerichtete Domains, die zur Umgehung der Sanktionen dienen. Dennoch ist die Umsetzung in Deutschland lückenhaft, kritisiert Correctiv. Internetanbieter orientieren sich an einer Liste der Bundesnetzagentur, die jedoch nicht vollständig ist und keine aktive Überwachung neuer Spiegel-Seiten vorsieht. Gleichzeitig sieht sich keine Behörde eindeutig für die Kontrolle und Durchsetzung der Sanktionen zuständig. Staatsanwaltschaften werden nur bei konkreten Hinweisen tätig, bislang gab es jedoch kaum Ermittlungen oder Verfahren.

In anderen EU-Ländern, etwa Österreich, würden Spiegel-Domains systematischer erfasst und überprüft. Insgesamt zeigten Analysen zumindest, dass die Sanktionen die Reichweite von RT DE zumindest deutlich verringert haben – die Spiegel-Seiten erreichen nur noch einen Bruchteil der früheren Zugriffszahlen.

[EU-Sanktionen: Inhalte von RT DE erreichen weiterhin Millionen](#)

Russlandsanktionen: Bundesanwaltschaft geht gegen Firmennetzwerk vor

Die Bundesanwaltschaft geht seit Anfang Februar gegen ein Firmennetzwerk vor, das die russische Rüstungsindustrie konspirativ mit Embargogütern versorgt haben soll. Dies sei der dritte Fall von Sanktionsumgehung in Deutschland, in dem der Generalbundesanwalt gegen Bürger in Deutschland ermittelt, weil sie Sanktionen umgangen haben. Fünf Männer sollen Waren im Wert von mindestens 30 Millionen Euro an mindestens 24 russische Rüstungsunternehmen geliefert haben.

Im Zentrum steht nach Spiegel-Informationen ein Unternehmen in Lübeck, das im März 2022 – kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine – von dem deutsch-russischen Geschäftsmann Nikita S., 38, gegründet wurde. Mit Hilfe von

Mittätern und Scheinfirmen sollen über das geheime Beschaffungsnetzwerk mehr als 16.000 Lieferungen im Gesamtwert von mindestens 30 Millionen Euro nach Russland abgewickelt worden sein. Darunter waren zahlreiche Güter, die auf der Embargoliste der Europäischen Union standen, etwa Konverter, spezielle Kugellager oder fotoelektrische Sensoren. Empfänger waren nach Erkenntnissen der Ermittler mindestens 24 russische Rüstungsunternehmen, die von der EU sanktioniert sind.

Den mutmaßlichen Embargobrechern wirft die Bundesanwaltschaft die Bildung einer kriminellen Vereinigung vor. Demnach werden allein dem Hauptbeschuldigten Nikita S. mehr als 70 Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz vorgeworfen. Er wurde verhaftet und soll nun nach Karlsruhe überstellt werden.

Nach Spiegel-Informationen wurden zudem die deutschen Staatsangehörigen Boris M. und Eugen R. sowie der Deutsch-Ukrainer Artem I. verhaftet. Ein Deutsch-Russe wurde vorläufig festgenommen. Parallel zu den Verhaftungen wurden zahlreiche Wohn- und Geschäftsräume in Lübeck, Frankfurt/Main, Nürnberg, im Landkreis Nordwestmecklenburg sowie im Kreis Ostholstein durchsucht. Gleichzeitig sicherten die Ermittler Vermögenswerte in Höhe von rund 30 Millionen Euro.

[Sanktionen gegen Russland: Razzia gegen mutmaßliche Embargobrecher – Ermittlungen der Bundesanwaltschaft - DER SPIEGEL](#)

Razzien in Berlin und Brandenburg wegen des Vorwurfs der Terrorunterstützung

Die Behörden in Berlin und Brandenburg gehen weiter gegen mögliche Sanktionsumgehungen vor, wie Märkte Weltweit Medien am 2. Februar berichteten. Ein Sprecher der Bundesanwaltschaft habe dem „rbb“ in dem Zusammenhang eine Durchsuchung in Königs Wusterhausen im Landkreis Dahme-Spreewald bei Berlin bestätigt. Einem Verdächtigen werde vorgeworfen, illegale Warentransporte in die prorussischen Republiken Donezk und Luhansk organisiert zu haben. Die Gebiete liegen im russisch besetzten Teil der Ukraine und werden von der Bundesanwaltschaft als ausländische terroristische Vereinigungen eingestuft. Festnahmen habe es bei der Aktion im Stadtteil Zernsdorf aber keine gegeben.

Auch in Berlin habe es eine Durchsuchung gegeben, sagte eine Sprecherin der Bundesanwaltschaft dem „rbb“. Hier sei es um eine Einzelperson gegangen, die 2015 Geld an die Volksrepublik Donezk gespendet haben soll. Auch hier gehe es um den Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

Nach Informationen von „WDR“, „NDR“ und „Süddeutscher Zeitung“ steht der Verein „Friedensbrücke – Kriegsoferhilfe“ mit Sitz in Wandlitz (Barnim) im Fokus der Ermittlungen. In einer früheren Mitteilung beschrieb die Karlsruher Behörde die „Volksrepublik Donezk“ als „pro-russische Vereinigung, die ab Frühjahr 2014 die Kontrolle über den ukrainischen Verwaltungsbezirk Donezk mit dem Ziel der Loslösung von der Ukraine beanspruchte und sich intensive Auseinandersetzungen mit den ukrainischen

Streitkräften lieferte“. Dabei setze sie immer wieder auch Gewalt gegen die Zivilbevölkerung ein, hieß es weiter.

Den Medienberichten zufolge liegen gegen zwei Personen des Vereins Haftbefehle vor. Sie konnten aber nicht vollstreckt werden, weil die beiden Gesuchten sich in Russland aufhalten sollen.

[OID+ Razzien in Berlin und Brandenburg: Terrorunterstützung - ExportManager Online +](#)

Internetseite des Bundeswirtschaftsministeriums zu Sanktionen

Die Internetseite des BMWF zu Sanktionen wurde nach Angaben des Ministeriums umfassend umgestaltet. Die neue Struktur biete eine klar gegliederte, intuitivere Navigation und erleichtere den Zugang zu den komplexen Inhalten rund um Sanktionen. Zusätzlich seien nun weiterführende Informationen verlinkt, sodass vertiefende Details schnell und gezielt gefunden werden könnten.

[Sanktionen | BMWF](#)

Überblick über alle bestehenden Sanktionsmaßnahmen auf der Seite des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle BAFA:

[BAFA - Embargos – Länder](#)

Wer den Newsletter mit aktuellen Sanktionsmeldungen des Bundeswirtschaftsministeriums regelmäßig beziehen möchte, kann sich hier anmelden: sanktionsoutreach@bmwi.bund.de

3. Europäische Union

20. Sanktionspaket in der Warteschleife

Wegen eines Vetos Ungarns konnte die EU nicht wie geplant zum 24. Februar den finalen Beschluss für Finanzhilfen in Höhe von 90 Milliarden Euro für die Ukraine fassen. Zudem bekräftigte Ungarn gemeinsam mit der Slowakei seine Blockade von neuen EU-Russland-Sanktionen, berichtet unter anderem das Handelsblatt. Eigentlich hätten zum vierten Jahrestag des Kriegsbeginns am 24. Februar die neuen EU-Strafmaßnahmen in Kraft treten und ein starkes Signal an Russlands Präsidenten Wladimir Putin senden sollen. Die EU-Sanktionen müssen von jedem Land unterstützt werden, bevor sie verabschiedet werden können.

Geplante Inhalte des 20. Sanktionspakets

Ziel des Pakets ist es, bestehende Sanktionslücken zu schließen, Umgehungsmechanismen wirksamer zu unterbinden und insbesondere die Einnahmequellen Russlands im Energie- und Finanzsektor weiter zu beschneiden. Im Zentrum der geplanten Maßnahmen steht eine deutliche Verschärfung im Bereich der Ölexporte. Während bislang vor allem Preisobergrenzen und Teilverbote galten, sieht der neue Entwurf ein weitgehendes Verbot maritimer Dienstleistungen für russisches Rohöl vor. Das betrifft insbesondere Versicherungen, technische Unterstützung, Wartung sowie Finanzdienstleistungen für den Transport auf dem Seeweg. Die EU will damit verhindern, dass Russland weiterhin über internationale Schifffahrtsstrukturen Einnahmen generiert, selbst wenn formell Preisgrenzen eingehalten werden. Ergänzend sollen weitere Schiffe der sogenannten „Schattenflotte“ gelistet werden, mit deren Hilfe bestehende Sanktionen umgangen werden.

Auch im Finanzsektor sieht das Paket zusätzliche Beschränkungen vor. Weitere Banken und Finanzakteure sollen vom europäischen Kapitalmarkt ausgeschlossen werden. Zudem richtet sich der Fokus stärker auf Drittstaaten-Strukturen, die als Drehscheiben für Sanktionsumgehungen dienen. Dadurch würde die Sanktionspolitik extraterritorialer wirken. Parallel dazu sind zusätzliche personenbezogene Sanktionen – etwa Vermögenssperren und Einreiseverbote – gegen russische Funktionsträger vorgesehen.

Hier die geplanten Maßnahmen im Überblick:

Energie- und Ölsektor

- Vollständiges Verbot von maritimen Dienstleistungen für russisches Rohöl – etwa Versicherungen, Schiffsreparaturen, Finanzierung und andere Leistungen, die den Transport russischer Ölexporte überhaupt ermöglichen sollen. Dies würde über die bestehende Preisdeckel-Mechanik hinausgehen.
- 43 zusätzliche Schiffe, die auf die schwarze Liste der Schattenflotte gesetzt wurden, wodurch sich die Gesamtzahl auf 640 erhöht
- Beschränkungen für den Erwerb von Tankern, die zur Umgehung von Sanktionen eingesetzt werden

- Umfassende Verbote für Wartungs- und Unterstützungsdienstleistungen für LNG-Tanker und Eisbrecher
- Verstärkung der bisherigen Verbote für LNG-Importe im Rahmen des 19. Sanktionspakets

Ausbau von Export- und Importbeschränkungen

- Ein weiterer wichtiger Pfeiler des Sanktionspakets ist die Verschärfung der Handelsbeschränkungen mit neuen Exportverboten im Wert von über 360 Millionen Euro. Dazu gehören Waren und Dienstleistungen, die von Gummi und Traktoren bis hin zu Cybersicherheitsdiensten reichen.
- Auf der Importseite schlägt die EU neue Verbote im Wert von über 570 Millionen Euro vor, die Folgendes umfassen: Metalle wie Nickel, Kupfer, Eisenerze und Aluminiumschrott; Chemikalien und kritische Mineralien; Salz, Ammoniak, Silizium, Kieselsteine und Pelzfelle. Außerdem wird eine Quote für Ammoniakimporte vorgeschlagen, um die bestehenden Ströme zu begrenzen.
- Unter Nutzung des „Anti-Circumvention Tool“ sollen erstmals auch Exporte besonders kritischer Waren in Drittstaaten verboten werden. Es geht dabei um CNC-Maschinen (Computer Numerical Control) – hochtechnische Präzisionsmaschinen, die in der Produktion und besonders in der Herstellung militärischer Ausrüstung genutzt werden können. Außerdem betroffen ist fortgeschrittene Funk- und Kommunikationstechnik – Geräte, die in elektrischen Steuer- und Datenübertragungssystemen eingesetzt werden und potenziell in militärischen Anwendungen relevant sind. Kirgisistan könnte als erstes Land von dieser Maßnahme betroffen sein.

Finanz- und Handelssektor

- Erweiterte Sanktionen gegen Banken, Finanzstrukturen und Kryptowährungs-Kanäle, über die Russland Sanktionen umgeht.
- Aufnahme von 20 weiteren russischen Regionalbanken in die Liste
- Sanktionen gegen Krypto-Asset-Dienstleister und Plattformen, die die Umgehung von Sanktionen ermöglichen
- Maßnahmen gegen Banken in Drittländern (u.a. aus Tadschikistan), die den illegalen Handel mit sanktionierten Gütern erleichtern
- Zwei chinesische Banken, die ihre Verbindungen mit Russland gekappt haben, könnten im Zuge des neuen Sanktionspakets delistet werden.

Individuelle Personensanktionen

Im Rahmen des 20. Sanktionspakets Runde hat die EU weitere restriktive Maßnahmen gegen russische Einzelpersonen wegen Menschenrechtsverletzungen und Rechtsstaatsbruch erlassen. Dazu gehören Einreiseverbote, Vermögenssperren und De-Listing von Personen im Justiz- und Strafvollzugsbereich.

Schutzzinstrumente für westliche Unternehmen in Russland

Nachdem zuletzt erneut Tochterunternehmen westlicher Konzerne wie das dänische Dämmstoffunternehmen Rockwool in Russland unter Zwangsverwaltung gestellt wurde, sollen im Rahmen des 20. Sanktionspakets eventuell bestehende Schutzzinstrumente erweitert werden.

Streitpunkte

Die Blockade Ungarns hat verschiedene Gründe. Zum einen wirft Budapest der Ukraine vor, Erdöl-Lieferungen aus Russland über die Druschba-Pipeline zu blockieren. Diese war nach ukrainischen Angaben durch einen russischen Luftangriff zerstört worden, die Reparaturarbeiten seien angelaufen. Hinzu kommt die Dauerfehde zwischen dem aktuell im Wahlkampf befindlichen ungarischen Premierminister Viktor Orbán mit Brüssel. Ungarn blockiert die jüngsten Sanktionen der EU gegen Russland nach Informationen von Politico auch, um die Europäische Kommission dazu zu bewegen, seinen Antrag auf ein Verteidigungsdarlehen in Höhe von 16 Milliarden Euro zu genehmigen.

Während EU-Beamte hoffen, dass die Zusage, die Pipeline zu reparieren, Orbán davon überzeugen wird, sein Veto gegen das Darlehen aufzuheben, sagten zwei EU-Diplomaten, die direkt über die Diskussionen informiert sind und anonym bleiben wollten, um frei über die sensiblen Verhandlungen sprechen zu können, dass Budapest die Sanktionen möglicherweise weiterhin blockieren werde, bis sein Antrag auf ein Verteidigungsdarlehen genehmigt werde.

Ungarn hat im Rahmen des SAFE-Programms der EU, das EU-Ländern, die Waffen in großen Mengen kaufen, um die Verteidigung der Union gegen die russische Aggression zu stärken, günstige Kredite gewährt, 16 Milliarden Euro beantragt. Die Kommission hat den Antrag Ungarns noch nicht genehmigt und verzögert die erste Zahlung in Höhe von 2,4 Milliarden Euro in der Hoffnung, Druck auf Budapest auszuüben, wie Beamte Anfang dieser Woche gegenüber Politico bestätigten.

Die Kommission hat zudem bereits 17 Milliarden Euro an Regionalentwicklungs- und Pandemie-Wiederaufbaufonds, die für Ungarn vorgesehen waren, aufgrund von Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit zurückgehalten.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán deutete inzwischen an, dass er zumindest sein Veto gegen die Bereitstellung von 90 Milliarden Euro durch die EU für Kiew aufheben könnte, wenn die EU die Schäden an einer Ölpipeline in der Ukraine bewertet. In einem Schreiben an den Präsidenten des Europäischen Rates António Costa vom 26. Februar,

aus dem Politico zitiert, betonte Orbán, er sei sich „der politischen Schwierigkeiten voll bewusst“, die durch die Blockade des Darlehens durch Budapest entstanden sind, das von allen EU-Staats- und Regierungschefs auf einem Gipfeltreffen im Dezember vereinbart worden war.

Nun soll eine Erkundungsmission Klarheit über den Zustand der Pipeline bringen. Man sei bereit, die Ergebnisse der Mission zu akzeptieren, versicherte Orban. Das könnte der Weg zu einem Einlenken zumindest in der Frage der blockierten ukrainischen Finanzhilfen in den nächsten Wochen sein, vermutet die FAZ.

Neben der Blockade von Ungarn/Slowakei gab es im Rahmen der Vorbereitung des 20. Sanktionspakets aber auch inhaltliche Debatten unter EU-Mitgliedstaaten über einzelne Elemente. Vor allem das Verbot von maritimen Dienstleistungen ist umstritten. Einige Staaten, die stark vom internationalen Schiffsverkehr profitieren, äußerten Bedenken, dass ein einseitiges EU-Verbot von maritimen Dienstleistungen ohne koordinierte G7-Unterstützung kontraproduktiv sein könnte, weil andere Anbieter etwa in Asien diese Dienstleistungen übernehmen würden. Die größte Sorge der EU gilt der Haltung der USA zur Unterstützung dieser Maßnahme. EU-Kommissar Valdis Dombrovskis erklärte allerdings, die EU sei bereit, das Seeverbot im Rahmen des 20. Sanktionspakets auch ohne vollständige Zustimmung der G7 umzusetzen.

Auch bei der Einbeziehung von Drittstaaten bei Exportverboten wie etwa Kirgisistan oder bei Sanktionen gegen ausländische Häfen und Banken, die als Umgehungs-Routen dienen könnten, gibt es Diskussionen. Kirgisistan wehrt sich dagegen, hier als erstes Land an den Pranger gestellt zu werden. Zwar würde das Exportverbot nur wenige, kriegswichtige Güter betreffen, die Befürchtung ist jedoch groß, dass nicht differenziert, sondern der gesamte Handel mit gelisteten Ländern in Mitleidenschaft gezogen werden würde.

Statement der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu den geplanten Inhalten des 20. Sanktionspakets vom 13. Februar 2026:

[Statement by President von der Leyen on the 20th package of sanctions against Russia .pdf](#)

Medienberichte zum Verlauf der Diskussionen:

[EU Unveils 20th Package Of Sanctions Against Russia - Export Controls & Trade & Investment Sanctions - European Union](#)

[Investigate oil pipeline damage to unblock Ukraine funds, Orbán tells EU – POLITICO](#)

[INTERVIEW: Ungarn hält 20. Sanktionspaket als „Geisel“, sagt hochrangiger Selenskyj-Berater | Euractiv DE](#)

[EU fails to agree on new sanctions on Russia ahead of fourth anniversary of war – Europe live | World news | The Guardian](#)

[EU Sanctions Envoy Visits Bishkek Amid Concerns Over Russian Circumvention](#)

[Kyrgyzstan May Be First State Targeted Under EU Anti-Circumvention Rules](#)

EU erhöht Druck auf Kirgisistan – Bischkek kündigt Klage an

Die EU erwartet von Kirgisistan ein entschlosseneres Vorgehen gegen den Re-Export sanktionierter europäischer Waren nach Russland: Der EU-Sanktionsbeauftragte David O'Sullivan sagte dazu, Brüssel sei besorgt über den sprunghaften Anstieg der Importe von Funkgeräten und Werkzeugmaschinen nach Kirgisistan, die für den Re-Export nach Russland bestimmt seien und damit gegen die Sanktionen gegen Güter mit potenzieller militärischer Nutzung verstoßen. „Wir haben Grund zu der Annahme, dass die Handelsströme darauf hindeuten, dass diese Waren mit dem alleinigen Zweck nach Kirgisistan importiert werden, um sie in Verletzung unserer Sanktionen nach Russland weiterzuverkaufen“, erklärte O'Sullivan auf einer Pressekonferenz in Bischkek.

Die Financial Times zitiert ein internes Dokument der Europäischen Kommission, wonach die Importe von „allgemeinen Hochprioritätsgütern“ aus der EU nach Kirgisistan seit Ausbruch des Ukraine-Krieges um 800 Prozent gestiegen seien, während die kirgisischen Exporte nach Russland um 1.200 Prozent zugenommen hätten.

Mehrere kirgisische Banken und Kryptowährungsunternehmen wurden bereits von westlichen Staaten sanktioniert, weil sie Moskau bei der Umgehung von Sanktionen geholfen haben. Die EU erwägt zusätzlich im Rahmen des 20. Sanktionspakets ein Exportverbot für Funkgeräte und Werkzeugmaschinen nach Kirgisistan einzuführen. Kirgisistan bezeichnete die Sanktionen gegen seine Unternehmen als „einseitig“ und als „Eingriff in die inneren Angelegenheiten des Landes“.

O'Sullivan betonte, die EU respektiere das Bedürfnis Kirgisistans nach einer engen wirtschaftlichen Beziehung zu Russland. „Wir bitten lediglich darum, dass diese Handelsbeziehung nicht die gezielte Umgehung unserer Sanktionen durch die Weiterleitung sanktionierter EU-Waren über Kirgisistan nach Russland beinhaltet.“

Seit dem vollumfänglichen Einmarsch Russlands in die Ukraine im Jahr 2022 hat sich Kirgisistan, ein enger Verbündeter Russlands und Nachbar Chinas, zu einer der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt entwickelt und wächst im Schnitt um neun Prozent pro Jahr.

Kirgisistan kündigt Klage an

Kirgisistan sei bereit, die EU vor Gericht zu verklagen, falls es zu Sanktionen kommen sollte, dies sagte laut einem Bericht der Financial Times Daniyar Amangeldiev, erster stellvertretender Vorsitzender des kirgisischen Kabinetts. Amangeldiev betonte demnach, dass die ehemalige Sowjetrepublik intensiv daran arbeite, die westlichen Sanktionen einzuhalten. Brüssel habe nicht dargelegt, welche Schritte Bischkek unternehmen könne, um seine Einhaltung der Sanktionen nachzuweisen und Sanktionen zu vermeiden.

„Diese Entscheidung wird Konsequenzen für unser Image haben. Wenn eine solche Entscheidung getroffen wird, sind wir bereit, sie vor Gericht anzufechten“, sagte er und fügte hinzu, dass Kirgisistan „Beweise dafür hat, dass wir Maßnahmen ergriffen haben“, während Brüssel „keine geeigneten Mechanismen vorgeschlagen hat, mit denen wir die Sanktionen einhalten können“. „Es muss Regeln geben, an die wir uns halten können. Wenn die Regeln nicht formuliert wurden, wie sollen wir uns dann daran halten?“, fragte er.

Amangeldiev sagte, ein großer Teil des Importwachstums aus der EU in sein Land sei auf eine Handvoll sehr großer, hochkarätiger Geschäfte mit europäischen Ländern zurückzuführen, beispielsweise für den Bau von Wasserkraftwerken im Land. Er räumte ein, dass es Fälle gebe, in denen Waren über Kirgisistan transportiert würden und schließlich in Russland landeten, sagte aber, das Land sei entschlossen, dies zu verhindern. Daher sollten Sanktionen weiterhin auf einzelne Verstöße abzielen und nicht auf das Land als Ganzes.

„Wir sind nicht dafür, diesen Konflikt weiter anzuheizen. Daher lehnen wir den Handel mit verbotenen Gütern kategorisch ab“, sagte Amangeldiev. Er erklärte, Bischkek habe der EU im Februar ein Paket mit Dokumenten übermittelt, in denen seine Bemühungen detailliert dargelegt seien, aber Brüssel habe beispielsweise nicht erklärt, wie die Namen der sanktionierten kirgisischen Banken von der Liste gestrichen werden könnten.

EU-Beamte sagen, Bischkek habe häufig versichert, die Kontrollen verschärft zu haben, aber es mangle an der Durchsetzung.

Amangeldiev sagte laut Financial Times, dass Sanktionen auf Länderebene dem Ansehen Kirgisistans schweren Schaden zufügen und seine Entwicklung behindern würden. „Wir sind insgesamt eine relativ kleine Volkswirtschaft und können uns ein solches Image nicht leisten“, sagte er.

[EU fordert Kirgisistan auf, den Re-Export sanktionierter Waren nach Russland zu unterbinden | MarketScreener Deutschland](#)

[Kyrgyzstan prepares to take EU to court over Russia sanctions](#)

EU sanktioniert acht Personen wegen Menschenrechtsverletzungen

Am 23. Februar 2026 beschloss der Rat der EU, acht russische Staatsbürger neu auf die Sanktionsliste zu setzen. Diese Entscheidung richtet sich gegen Personen, denen schwere Menschenrechtsverletzungen und systematische Unterdrückung von oppositionellen Gruppen und politischen Gefangenen vorgeworfen werden.

Zu den Personen gehören Mitglieder der russischen Justiz, die politisch motivierte Urteile gegen Aktivisten gefällt haben, sowie Leiter von Haftanstalten, in denen politische Gefangene unter harten Bedingungen festgehalten wurden

Diese acht Personen unterliegen Reiseverboten in der EU, Vermögenssperren und einem Verbot finanzieller Beziehungen mit EU-Bürgern und -Unternehmen. Die Einträge stehen nicht im Zusammenhang mit dem noch nicht verabschiedeten 20. Sanktionspakets, sondern erfolgen im Rahmen des bestehenden globalen Menschenrechts-Sanktionsregimes der EU.

[EU adds eight Russian officials to human rights sanctions list | Reuters](#)

Belgien setzt Tanker der russischen Schattenflotte fest

Belgien hat nach eigenen Angaben Anfang März einen Öltanker der russischen Schattenflotte gekapert, dies berichtet Spiegel-online. Die belgischen Streitkräfte hätten das Schiff mit Unterstützung Frankreichs festgesetzt, schrieb Belgiens Verteidigungsminister Theo Francken auf der Plattform X. Der Tanker werde zum Hafen von Seebrügge eskortiert, wo er beschlagnahmt werde.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nannte die Festsetzung des Öltankers auf der Plattform X einen „schweren Schlag“ gegen die Schattenflotte. „In der Nordsee haben unsere Hubschrauber der französischen Marine in der vergangenen Nacht zur Enterung eines unter internationalen Sanktionen stehenden Öltankers durch belgische Sicherheitskräfte beigetragen“, schrieb er.

Die Europäer seien entschlossen, die Finanzierungsquellen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine durch die konsequente Durchsetzung der Sanktionen zu unterbinden. Die Ukraine begrüße das Vorgehen.

Die Schiffe der sogenannten russischen Schattenflotte sind oft heruntergekommene und unterversicherte Tanker, die unter der Flagge von Staaten wie Gambia, Panama oder den Komoren russisches Rohöl in Länder wie China oder Indien transportieren. In den Zielländern wird das Öl aufbereitet, anschließend auf den internationalen Märkten verkauft. Auf dem Papier stammt der Rohstoff dann nicht mehr aus Russland und fällt damit nicht unter internationale Sanktionen. Frankreich schätzt die Größe der Flotte mittlerweile auf 1000 bis 1200 Schiffe, wovon 650 bis 700 mit Sanktionen belegt sind.

[Belgien: Militär kapert Öltanker von russischer Schattenflotte - DER SPIEGEL](#)

Baustart für russisches AKW in Ungarn

Mit dem Gießen des ersten Betons hat der Staatskonzern Rosatom am 5. Februar in Ungarn den Bau des neuen Atomkraftwerks Paks II offiziell gestartet. An der Zeremonie nahm neben dem Chef der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Rafael Grossi, und dem ungarischen Außenminister Péter Szijjártó auch der CEO des russischen Kernkraftkonzerns Rosatom, Alexej Lichatschow, teil. Das russische Staatsunternehmen

sprach in einem Post bei Telegram von einem „historischen Tag“. Für Ungarn sei es ein „strategischer Schritt, der dem Land eine ganze Reihe von fundamentalen Vorteilen verschafft“, wird Lichatschow dort zitiert.

Dass Rosatom trotz der westlichen Sanktionen im Nato- und EU-Mitgliedsland Kernkraftwerke bauen darf, geht nur durch Ausnahmeregelungen der EU und der USA. Rosatom selbst ist bisher auch von harten Sanktionen ausgenommen, weil einige europäische Länder auf russische Uranlieferungen für ihre aus der Sowjetzeit stammenden Kernkraftwerke angewiesen sind.

Russland ist aktuell an 19 von weltweit 22 Reaktor-Projekten im Ausland verantwortlich, wie sich aus dem Branchenbericht WNISR ergibt. Ebenfalls auf russische Reaktortechnik setzen Indien, die Türkei, China, Ägypten, Bangladesch und Iran.

[The foundation work of Unit 5 has started - Paks 2 EN - Paks2](#)

Aktualisierte FAQ der EU zu Sanktionsfragen:

Die EU hat zuletzt am 23. Januar 2026 ihre FAQ aktualisiert:

[Consolidated version - Finance - European Commission](#)

4. Russland

Eskalation im Nahen Osten erhöht russische Öleinnahmen

Russland dürfte dank steigender Ölpreise zu den Profiteuren der Angriffe der USA und Israels auf den Iran gehören. Zum einen steigen seit Beginn des Krieges die Ölpreise an den Märkten durch eine Verknappung des Angebots aus der Golfregion. Zum anderen wird China gezwungen sein, anstelle iranischen Öls verstärkt auf russisches Öl umzusteigen.

China erweitert laut einem Bericht des Handelsblatts bereits seine Seefrachtrouten für den Bezug von russischem Rohöl. Ziel sei es, die Abhängigkeit von Lieferungen aus dem Iran und den Golfstaaten zu senken und gleichzeitig mögliche Risiken durch die verstärkte US-Präsenz in der Region zu reduzieren.

Mit den US-Angriffen auf Venezuela und den Iran wurden zwei Länder betroffen, aus denen China erhebliche Rohölmengen eingeführt hatte, was die strategische Neuausrichtung der chinesischen Ölpolitik befeuert. „Als große Produktionsnation ist China besonders betroffen“, sagte Wang Zhen, stellvertretender Direktor des Instituts für Internationale Angelegenheiten der Shanghaier Akademie der Sozialwissenschaften, gegenüber dem Handelsblatt. China versuche, „durch Diversifikation seiner Energieimporte solche Risiken abzumildern“.

Russland finanziert mit den Öleinnahmen seinen Krieg in der Ukraine und ist bereits jetzt der wichtigste Öllieferant Chinas, das damit westliche Sanktionen aushebelt. Nach verfügbaren Daten dürften die Exporte russischen Urals-Rohöls nach China im Februar bis auf etwa 2,1 Millionen Barrel pro Tag zulegen – ein Anstieg von mehr als 20 Prozent im Vergleich zum Vormonat. Ein großer Teil dieser Lieferungen geht an unabhängige Raffinerien in China, die sogenannten „Teapot“-Anlagen, besonders in der Provinz Shandong. Diese operieren getrennt von den großen staatlichen Ölkonzernen und sind schwerer zu sanktionieren.

Neben steigenden Lieferungen darf Russland auch auf steigende Preise für seine Öl- aber auch seine Flüssiggas-Ausfuhren hoffen. Seit den US-Sanktionen gegen Rosneft und Lukoil im Oktober 2025 liegt der Abschlag auf die russische Sorte Urals bei mehr als 30 US-Dollar je Barrel. Die Preise bewegten sich daher zuletzt nur bei 40 bis 45 Dollar, während der russische Haushalt 2026 mit einem Ölpreis von 59 Dollar kalkuliert wurde. Steigt der Preis für Brent infolge der Krise in Nahost dauerhaft auf 100 Dollar, könnte der Preis pro Barrel der Sorte Urals auf 70 Dollar klettern.

Handelsblatt-Berichte (Paywall):

[Rohstoffe: China reagiert auf Stress am Ölmarkt mit mehr Einkäufen in Russland](#)

[Iran-Krieg: Moskau hofft auf mehr Öleinnahmen für Kriegskasse](#)

Spiegel (Paywall):

[Iran: Wie Wladimir Putin zum großen Gewinner des Nahost-Krieges werden könnte - DER SPIEGEL](#)

Russische Zentralbank verklagt EU in Luxemburg

Die russische Zentralbank zieht nach Informationen des Handelsblatts gegen die Europäische Union vor Gericht. Wie aus einer am 3. März veröffentlichten Mitteilung hervorgehe, habe die russische Zentralbank beim Gericht der Europäischen Union in Luxemburg Klage gegen eine EU-Verordnung vom 12. Dezember 2025 eingereicht. Darin geht es um die seit Beginn des Ukraine-Kriegs eingefrorenen russischen Staatsvermögen.

Mit dem Schritt verschärfe Moskau den juristischen Streit um rund 210 Milliarden Euro an russischen Zentralbankreserven, die seit der großangelegten Invasion der Ukraine im Februar 2022 in der EU blockiert sind. Die Mitgliedstaaten hatten im Dezember beschlossen, das Einfrieren der Vermögenswerte zu verlängern.

Nach Darstellung der russischen Notenbank verstoße die EU-Regelung gegen „grundlegende und unveräußerliche Rechte“ – darunter das Recht auf Zugang zur Justiz, die Unverletzlichkeit des Eigentums sowie das Prinzip der Staatenimmunität und der Immunität von Zentralbanken nach internationalem Recht.

Im Dezember hatte die Notenbank zudem in Moskau Klage gegen den belgischen Vermögensverwahrer Euroclear eingereicht. Sie fordert nach eigenen Angaben 18,2 Billionen Rubel – umgerechnet rund 201 Milliarden Euro.

Mit der Klage in Luxemburg verlagert sich der Konflikt nun auch auf die europäische Rechtsebene. Wie das Gericht entscheiden wird, dürfte nicht nur für das Verhältnis zwischen Brüssel und Moskau, sondern auch für den künftigen Umgang mit eingefrorenem Staatsvermögen weltweit Signalwirkung haben, kommentiert das Handelsblatt.

[Sanktionen: Russische Notenbank verklagt EU wegen eingefrorener Vermögen](#)

Volumen der russischen Ölexporte 2025 höher als 2022

Obwohl die russischen Ölexporte 2025 zurückgegangen sind, exportiert Russland immer noch höhere Mengen als vor seiner Invasion in der Ukraine im Jahr 2022, dies erklärten Experten gegenüber der Kyiv Post und forderten eine strengere Durchsetzung der Sanktionen. Allerdings sind die Öleinnahmen deutlich unter das Niveau vor der Invasion gefallen, da Russland durch die Sanktionen gezwungen war, Preisnachlässe zu gewähren.

Das Volumen der russischen Rohölexporte blieb im vierten Kriegsjahr trotz westlicher Sanktionen, die darauf abzielen, Russlands „Schattenflotte“ einzudämmen, um sechs Prozent über dem Niveau vor der Invasion, so ein Bericht des finnischen Thinktanks Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA).

Die russischen Einnahmen aus Rohölexporten – einem der wichtigsten Exportgüter Russlands – gingen in den zwölf Monaten bis zum 24. Februar im Vergleich zum Vorjahr um 18 Prozent auf 85,5 Milliarden Euro zurück, heißt es in dem Bericht. Gleichzeitig sank das Volumen im gleichen Zeitraum um sechs Prozent auf 215 Millionen Tonnen, so der Bericht. 93 Prozent des russischen Rohöls wurden nach China, Indien und in die Türkei exportiert.

Die Schattenflotte Russlands besteht aus alternden Tankern, deren Eigentumsverhältnisse oft undurchsichtig sind und die dazu dienen, die Sanktionen der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten und der G7-Staaten zu umgehen.

„Wir haben einen deutlichen Rückgang der russischen Exporteinnahmen aus fossilen Brennstoffen als Folge neuer Maßnahmen und einer strengeren Durchsetzung festgestellt“, sagte Isaac Levi, CREA-Analyst und Mitautor des Berichts, gegenüber AFP. Er fügte jedoch hinzu, dass „es immer noch erhebliche Lücken und Bereiche gibt, die von den sanktionierenden Ländern nicht angegangen wurden“, wodurch die Mengen weiterhin hoch bleiben. Zu den Schlupflöchern gehören die falsche Flaggenführung von Schiffen, aber auch die Frage der Wiederausfuhr von raffinierten Kraftstoffen aus russischem Rohöl in Sanktionsländer.

„Wir schlagen ein Importverbot für alle Raffinerien und Lagerterminals vor, die in den letzten sechs Monaten eine Lieferung russischen Öls erhalten haben“, sagte Levi. Der Bericht forderte die EU und Großbritannien zudem auf, „russische Schiffe der Schattenflotte, die eine enorme Gefahr für die Umwelt und Sicherheit der europäischen und britischen Küsten darstellen, festzusetzen“.

Außerdem forderte sie ein Ende der fortgesetzten Importe von russischem Rohöl durch Ungarn und die Slowakei. Die beiden Länder, die von den EU-Sanktionen gegen russische Ölimporte ausgenommen waren, importierten in den ersten zehn Monaten des Jahres 2025 11 Prozent mehr russisches Rohöl als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, heißt es in dem Bericht.

Die Europäische Union listet 598 Schiffe auf, die im Verdacht stehen, Teil der „Schattenflotte“ zu sein, und denen der Zugang zu europäischen Häfen und Seeverkehrsdiensten untersagt ist.

[Despite Drop in 2025, Russian Oil Exports Exceed Pre-War Volumes: Report](#)

Russischer Außenhandel zunehmend in Landeswährungen

Russland wickelt einen immer größeren Teil seines Außenhandels in nationalen Währungen ab. Laut einem Bericht der Zeitung Izwestia, die sich auf Angaben der russischen Zentralbank beruft, wurden im vergangenen Jahr 85 Prozent der Importe in Rubel oder in den Währungen sogenannter „befreundeter Staaten“ bezahlt. Im Jahr 2024 lag dieser Anteil noch bei 78 Prozent. Auch bei den Exporten stieg der Anteil entsprechender Abrechnungen um fünf Prozentpunkte auf 86 Prozent. Zum Vergleich:

2021 wurden lediglich 15 Prozent der Exporte und 32 Prozent der Importe in nationalen Währungen fakturiert.

Als nationale Währungen gelten neben dem Rubel auch Zahlungsmittel von Partnerstaaten wie Indien und China, während US-Dollar und Euro in Russland häufig als „toxisch“ bezeichnet werden. Ihr Anteil am Importgeschäft sank um 6,9 Prozentpunkte auf 15 Prozent, bei den Exporten um 4,1 Prozentpunkte auf 14,4 Prozent.

Als wichtigste Ursachen für diese Entwicklung gelten die westlichen Sanktionen sowie die Umstellung der Zahlungsabwicklung. Der Rubel selbst gewann dabei deutlich an Bedeutung: Sein Anteil stieg bei den Importen um 11,2 Prozentpunkte auf 54,4 Prozent und bei den Exporten um 12,4 Punkte auf 53,7 Prozent. Besonders stark fiel der Zuwachs bei Exporten nach Afrika aus, wo der Rubel-Anteil um 35 Prozentpunkte zunahm. Gleichzeitig ging die Nutzung anderer Partnerwährungen wie des chinesischen Yuan oder der indischen Rupie zurück. Fachleute führen dies unter anderem auf deren eingeschränkte Eignung als Wertaufbewahrungsmittel sowie auf begrenzte Möglichkeiten bei der Abrechnung mit Drittstaaten zurück.

[Какова доля расчетов в рублях во внешнеторговых сделках: данные статистики](#)

Georgien neues Schlupfloch für russisches Öl

Der Verdacht, dass Georgien massiv zur Umgehung der Sanktionen gegen Russland beiträgt, hat sich einem Bericht von „Eurasianet“ zufolge durch neue Daten des Nationalen Statistikamtes Georgiens (Geostat) verdichtet: Jüngste Zahlen ergeben, dass Erdöl und Erdölprodukte zum zweitwichtigsten Exportgut des Landes geworden sind. Die Exporte erreichten laut einem Bericht von Ostinsider Daily im Januar einen Wert von 58,7 Millionen Dollar, was 12,2 Prozent der Gesamtexporte entspricht. Das exportierte Volumen ist gegenüber dem Januar 2025 um über 400 Prozent gestiegen. Das ist umso bemerkenswerter, als Georgien über keinerlei nennenswerte Förderung von Erdöl im Inland verfügt.

Im Gegensatz zu Automobilen, die von Geostat amtlich als Re-Exporte eingestuft werden, erfasst die amtliche Exportstatistik die Erdölprodukte als im Inland produzierte Exportgüter. Im Fokus steht der Hafen von Kulevi, nachdem dort eine neue Raffinerie eröffnet wurde, deren Betreiber-Unternehmen mit der Regierungspartei Georgischer Traum in engster Verbindung steht. Das Ölterminal in Kulevi gehört der staatlichen aserbaidischen Ölgesellschaft SOCAR und wird von ihr betrieben.

Mögliche Sanktionen im Zusammenhang mit Exporten über den georgischen Hafen würden Aserbaidschan in eine schwierige Lage bringen und dem Problem eine regionale Dimension verleihen. Der Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige Präsident der georgischen Nationalbank, Roman Gotsiridze, wies in einem Social-Media-Beitrag darauf hin, dass die Raffinerie in Kulevi noch nicht voll betriebsbereit sei. Er vermutete stattdessen, dass der Exportanstieg mit der möglichen Fälschung von Dokumenten

zusammenhängen könnte, durch die russische Raffinerieprodukte als georgische Produkte umklassifiziert würden – durch Verfahren, die er als „logistische Kosmetik“ bezeichnete.

Eine weitere Möglichkeit sei, dass im von SOCAR betriebenen Terminal nicht-georgische Öle und Ölprodukte auf irgendeine Weise als georgisch umklassifiziert würden. Eine Untersuchung des georgischen Nachrichtenportals iFact vom Dezember 2025 deutete darauf hin, dass russische Ölprodukte über Georgien in die Niederlande, die Schweiz und nach Griechenland gelangen könnten, wobei zentralasiatische Staaten Teil der Lieferkette seien. Dieser Anstieg erfolgt vor dem Hintergrund von Berichten, wonach die Europäische Union Sanktionen erwägt, weil die georgische Regierung Russland angeblich bei der Lieferung von Rohöl zur Finanzierung des Krieges in der Ukraine unterstützt.

Bislang haben sich die Regierung der Partei Georgischer Traum und die zuständigen staatlichen Stellen nicht öffentlich zu dem Exportanstieg geäußert. Die Behörden haben jegliche Beteiligung an der Umgehung von Sanktionen stets bestritten.

[OID+ Massiver Verdacht auf Bruch der Sanktionen - ExportManager Online +](#)

Ende der Blockade für westliches Kapital in Russland?

In Russland häufen sich Gewinne westlicher Tochterfirmen an, da diese seit Beginn des russischen Angriffskrieges 2022 nicht mehr ohne weiteres an die Mutterkonzerne überwiesen werden können. Dazu wurden sogenannten Typ-C-Konten von der russischen Zentralbank eingeführt, um den Kapitalabfluss von Investoren aus sogenannten „unfreundlichen Staaten“ (also die gesamte Europäische Union, USA und Großbritannien) zu blockieren. Die „Welt“ berichtet nun von Erfolgen bei der Übertragung blockierter Gelder. „Drei Fälle konnten wir inzwischen erfolgreich abschließen, ein vierter wird demnächst finalisiert“, wird Lukas Röper, Partner der Wiener Rechtsanwaltskanzlei „rk partners“, zitiert. „Es gehe dabei um durchaus namhafte Topunternehmen aus Deutschland, der Schweiz und Italien, bei denen das gelungen ist. Etwa 300 Millionen Euro konnten so aus Russland freibekommen werden.“

Im Kern gehe es beim gefundenen Lösungsweg um einen Tausch von eingefrorenen Vermögenswerten (Asset Swap) zwischen Russland und einem westlichen Land, in dem umgekehrt Vermögen von russischen Privatunternehmen und Personen freigegeben werde.

Dieses Geld – es handele sich zum einen um Wertpapiere, die etwa beim belgischen Zentralverwahrer Euroclear oder beim luxemburgischen Pendant Clearstream liegen, zum anderen um überschüssige Liquidität, die manche russische Bank noch auf westlichen Korrespondenzkonten liegen hat – sei in den meisten Fällen gar keinen Sanktionen unterworfen. Blockiert sei dieses Geld aber, weil es über den sanktionierten russischen Zentralverwahrer NSD geflossen sei.

Damit Russen diese Vermögenswerte in Europa freibekommen, müssten sie einerseits nachweisen, dass sie keine vertragliche Beziehung mehr zu NSD haben. Und sie müssen

andererseits einen Antrag bei den zuständigen nationalen Sanktionsbehörden in Europa – etwa dem belgischen Finanzministerium oder der Deutschen Bundesbank – stellen. Für einen Asset Swap sei es aber notwendig, dass die in Russland und der EU blockierten Vermögenswerte zusammenpassen.

Es ist nicht bekannt, wie viel westliches Geld auf den Typ-C-Konten in Russland liegt. Die letzte verfügbare Summe stammt laut Welt von Ende März 2023 und habe damals umgerechnet 5,5 Milliarden Euro betragen. Inzwischen dürfte es sich eher um ein Vielfaches handeln.

Auch über das Gesamt-Exposure (also alle offenen Risikopositionen) westlicher Unternehmen und Privatleute in Russland kursierten nur Schätzungen. „Die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer schätzt allein den deutschen Anteil auf 100 Milliarden Euro. Einige Experten haben für alle EU-Länder zusammen sogar bis zu 250 Milliarden Euro errechnet.

Angesichts dieser Summen nehmen sich die erfolgten Tauschgeschäfte im Ausmaß von mehreren Hundert Millionen Euro bescheiden aus, schreibt die „Welt“. „Doch das Interesse steigt“, sagt Anwalt Röper. „Aktuell sind wir mit etwa einem Dutzend europäischer Interessenten im Gespräch.“

[Russland: Das Ende der Kreml-Geiselhaft? Westliche Unternehmen bekommen eingefrorene Gelder zurück - WELT](#)

5. USA

Lukoil könnte Teil eines Friedens-Deals mit Russland werden

Das Amt für die Kontrolle ausländischer Vermögenswerte (OFAC) des US-Finanzministeriums hat die Frist für den Abschluss von Vereinbarungen zum Verkauf der internationalen Vermögenswerte von Lukoil vom 28. Februar auf den 1. April verlängert. Diese Verlängerung ist nach Ansicht von Ukraine Business News Teil der laufenden Verhandlungen zur Beilegung des Krieges zwischen Russland und der Ukraine. Die USA planen, die Vermögenswerte von Lukoil in diplomatischen Gesprächen als Druckmittel einzusetzen.

Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, dass sich die jüngsten Verhandlungen auf die US-Sanktionen gegen die größten russischen Ölkonzerne Rosneft und Lukoil konzentrierten. Seitdem im Oktober Sanktionen gegen diese Unternehmen verhängt wurden, hat das OFAC die Frist für den Verkauf bereits dreimal verlängert.

[Die USA wollen die Vermögenswerte von Lukoil als strategischen Verhandlungstrumpf einsetzen, um den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zu beenden. - UBN](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Umfassendes Sanktionspaket zum vierten Jahrestag des russischen Angriffs

Mit einem neuen Sanktionspaket will die britische Regierung Russland weiter von wichtigen Öleinnahmen abschneiden und die Fähigkeit des Kremls, Krieg zu führen, weiter einschränken. In einer Pressemitteilung werden fast 300 neue Sanktionen angekündigt, die sich unter anderem auch gegen wichtige Lieferanten von Militärausrüstung wenden.

Das Sanktionspaket, das größte seit den ersten Monaten der Invasion im Jahr 2022, erschien am vierten Jahrestag des russischen Angriffs. Die Maßnahmen richten sich gegen eines der weltweit größten Ölpipeline-Unternehmen, PJSC Transneft, das für den Transport von über 80 Prozent der russischen Ölexporte verantwortlich ist.

Die neuen Maßnahmen der britischen Regierung treffen auch Russlands dunkles Netz illegaler Ölhändler und sanktionieren 175 Unternehmen des Ölnetzwerks „2Rivers“, einem der weltweit größten Betreiber von Schattenflotten und einem wichtigen Händler von russischem Rohöl.

Die Abschreckung, Störung und Schwächung der russischen Schattenflotte bleibe eine Priorität für diese Regierung, und diese jüngste Reihe von Sanktionen umfasst 48

Öltanker, die Öl transportieren. Bislang haben internationale Sanktionen nach britischen Schätzungen Russland über 450 Milliarden Dollar gekostet – das entspreche zwei weiteren Jahren der Finanzierung des Krieges. Seit einem Jahr stagniere die russische Wirtschaft und die Einnahmen sind stark zurückgegangen, wobei die Öleinnahmen auf dem niedrigsten Stand seit 2020 angekommen seien.

Das Vereinigte Königreich hat inzwischen im Rahmen seines Russland-Regimes Sanktionen gegen über 3.000 Personen, Unternehmen und Schiffe verhängt.

Die neuen Maßnahmen richten sich laut Pressemitteilung des britischen Außenministeriums zudem gegen:

- 49 Unternehmen und Personen, die an der Aufrechterhaltung der russischen Kriegsmaschinerie beteiligt seien, darunter internationale Lieferanten, die wichtige Güter, Komponenten und Technologien für russische Drohnen und andere Waffen liefern, mit denen unschuldige ukrainische Zivilisten terrorisiert werden.
- drei zivile Kernenergieunternehmen und zwei Personen, die daran beteiligt sind, Verträge für neue russische Kernkraftwerke im Ausland zu sichern, um zusätzliche Energieeinnahmen zu erschließen und damit die einbrechenden Öleinnahmen auszugleichen.
- Sechs Ziele in der russischen Flüssigerdgasindustrie (LNG), darunter Schiffe, Händler und die russischen Terminals Portovaya und Vysotsk, die für den Export von russischem LNG zuständig sind.
- 9 russische Banken, die grenzüberschreitende Zahlungen abwickeln, die für Russlands Versuche, sich den Zugang zu den internationalen Märkten zu sichern und die Kriegsanstrengungen des Kremls zu finanzieren, von entscheidender Bedeutung seien.

„Jede Rakete und jede Drohne, die die Ukraine trifft, stärkt nur unsere Entschlossenheit. Putin glaubt, dass er das Vereinigte Königreich und unsere Verbündeten aussitzen kann, aber da irrt er sich gewaltig“, heißt es abschließend in der Pressemitteilung.

[UK announces biggest sanctions package against Russia four years on from full-scale invasion of Ukraine - GOV.UK](#)

[United Kingdom Targets Transneft in 'Biggest Sanctions Package' Since 2022 Invasion - The Moscow Times](#)

Maßnahmen gegen georgische Fernsehkanäle

Im Zuge der neuen Russland-Sanktionen hat Großbritannien Ende Februar auch die Vermögenswerte der beiden meistgesehenen regierungsnahen Fernsehsender Georgiens eingefroren. Die Regierung in Tiflis setzt sich gegen die Maßnahme zur Wehr, die mit der Verbreitung russischer Kriegsnarrative in Verbindung steht. Die Sender ihrerseits

kündigten laut mehreren Berichten in den georgischen Medien an, eine eigene Bank zu gründen, wie BNE Intellinews berichtet.

Am 24. Februar, dem vierten Jahrestag der vollständigen Invasion Russlands in der Ukraine, nahm Großbritannien Imedi TV und POSTV in ein umfassenderes Paket auf, das fast 300 mit Russland verbundene Einrichtungen betrifft. Beide Sender wurden beschuldigt, den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj systematisch als illegitim darzustellen, die Ukraine als korrupte Marionette des Westens zu bezeichnen und zu suggerieren, dass Kiew aktiv daran arbeite, Georgien zu destabilisieren. Die Maßnahmen umfassen das Einfrieren von Vermögenswerten, Beschränkungen für Treuhanddienstleistungen und die Aberkennung der Geschäftsführungsbefugnis.

Transparency International-Georgia legte laut BNE Intellinews dar, was dies in der Praxis bedeutet: eingefrorene Bankkonten, keine Werbeeinnahmen, keine Lizenzen für Fernsehserien, keine Anschaffungen von Ausrüstung und Druck auf alle georgischen Unternehmen, die mit den Sendern zu tun haben, ihre Beziehungen zu diesen zu beenden. Jede georgische Bank, die Dienstleistungen für die Sender erbringt, riskiere einen Reputations- und finanziellen Schaden durch das internationale Finanzsystem, was bedeutet, dass der Druck auf alle Kreditgeber ausgeübt würde, nicht nur auf die TBC Bank und die Bank of Georgia, die an der Londoner Börse notiert sind.

Bei Imedi kam es sofort zu hektischen Aktivitäten. Vier der fünf Aufsichtsratsmitglieder des Senders traten zurück, zwei neue Unternehmen namens „Supporters of Imedi“ und „Supporters of POSTV“ tauchten im öffentlichen Register auf, was Spekulationen nährte, dass die Manager der Sender bereits nach Möglichkeiten suchten, die Beschränkungen zu umgehen. Die Website von Imedi war am Abend des 25. Februar für über eine Stunde offline, bevor sie wieder verfügbar war. Am 27. Februar ging der Sender noch einen Schritt weiter und kündigte Pläne an, innerhalb weniger Monate die Imedi Bank zu gründen, unterstützt von sogenannten „treuen Freunden und Sponsoren“.

Die regierende Partei Georgischer Traum, die laut Kritikern beide Sender als politische Vermögenswerte betrachtet, erklärte gegenüber georgischen Banken, dass diese an nationales Recht und nicht an britische Sanktionen gebunden seien. Die Präsidentin der Nationalbank Georgiens, Natia Turnava, erklärte, dass bei Konflikten zwischen georgischer Gesetzgebung und ausländischer Gerichtsbarkeit georgisches Recht Vorrang habe.

Premierminister Irakli Kobakhidze bezeichnete die Entscheidung als „absolut absurd“ und behauptete, es gebe eine Absprache zwischen der britischen Bürokratie und sogenannten „lokalen georgischen Agenten“, die Informationen an London weitergeben, um die Sanktionen auszulösen.

[bne IntelliNews - Georgia defiant in face of UK sanctions on leading pro-government TV channels](#)

Schweiz

Schweiz verbietet Kauf und Import von flüssigem Erdgas aus Russland

Die Schweizer Regierung hat ihre Sanktionen gegen Russland zum 4. Jahrestag des russischen Angriffs noch einmal nachgeschärft, wie der Spiegel berichtet: „Ab dem 25. April 2026 gilt in der Schweiz ein vollständiges Kauf- und Importverbot von russischem Flüssigerdgas (LNG)“, erklärte die Regierung in Bern. Damit folgt die Schweiz dem Vorbild der EU, die bereits in ihrem 19. Sanktionspaket einen Ausstieg aus russischem LNG beschlossen hat. Für bereits bestehende langfristige Lieferverträge gilt auch in der Schweiz eine Übergangsfrist bis Ende 2026.

Die schweizer Regierung gab zudem eine Reihe weiterer Maßnahmen bekannt, die ad hoc in Kraft treten. Demnach wird die Erbringung sämtlicher Kryptodienstleistungen an russische Staatsangehörige und Unternehmen untersagt. Außerdem beschloss der Schweizer Bundesrat eine Meldepflicht für die Durch- und Einreise in die Schweiz von in der EU akkreditiertem russischem diplomatischem Personal.

[Schweiz verbietet Kauf und Import von flüssigem Erdgas aus Russland - DER SPIEGEL](#)

7. Blick über den Tellerrand

Russland und Belarus bei den Paralympics dabei

Kurz vor dem Beginn der Paralympics am 6. März hat das Internationale Paralympische Komitee IPC bestätigt, dass sechs Startplätze an russische Athleten vergeben worden seien. Belarus darf vier Teilnehmer entsenden, dies berichtet der Tagesspiegel. Die endgültige Entscheidung für eine Zulassung zu den Wettbewerben liege aber bei den italienischen Organisatoren und Behörden, teilte das IPC mit. Zuerst berichtete die Nachrichtenseite Eurosport.

„Es ist moralisch und politisch falsch, die Flaggen von Aggressorstaaten bei den Paralympischen Spielen zuzulassen, während Russlands Krieg gegen die Ukraine weiter tobt“, schrieb der ukrainische Außenminister Andrij Sybiha bei X. Er betonte: „Sport muss für Fairness, Würde und Respekt stehen. Er darf nicht zur Bühne für Regime werden, die genau diese Werte mit Füßen treten.“ Daher habe er die ukrainischen Botschafter angewiesen, auch andere Länder von einem Fernbleiben von der Eröffnungsfeier zu überzeugen.

Im September 2025 votierte eine klare Mehrheit der IPC-Mitglieder gegen einen Komplettausschluss der Russen. In einem weiteren Votum hob das Gremium dann mit 91:77 Stimmen auch die Teilsuspendierung auf. Ähnlich lief die Abstimmung über weitere Sanktionen gegen Belarus. Wegen des russischen Angriffskriegs hatte das IPC beide Länder 2023 teilweise suspendiert

Ob die Paralympics aus Russland und Belarus aber tatsächlich unter eigener Flagge bei der Eröffnungsfeier auftreten, ist weiterhin unklar. „Die italienische Regierung bringt ihre absolute Ablehnung gegenüber der Entscheidung des Internationalen Paralympischen Komitees zum Ausdruck, sechs russische und vier belarussische Athleten zur Teilnahme an den Paralympischen Spielen in Mailand-Cortina 2026 zuzulassen“, erklärte Italiens Außenminister Antonio Tajani.

[Wieder unter eigener Flagge: Russland darf sechs Athleten zu den Paralympics schicken – Ukraine boykottiert Eröffnungsfeier](#)

Papst Leo XIV. setzt sich für Erleichterungen bei US-Sanktionen gegen Kuba ein

Papst Leo XIV. hat am 28. Februar Kubas Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla in Privataudienz empfangen. Zuvor war es bereits zu Treffen im Vatikan mit einem kubanischen Bischof und den Geschäftsträger der US-Botschaft in Kuba, Mike Hammer, gekommen, wie der Spiegel berichtet. Hintergrund sind offenbar Vermittlungsversuche des Papstes zur Abschwächung amerikanischer Sanktionen gegen Kuba.

Der gebürtige US-Amerikaner Leo XIV. hatte jüngst zum Dialog aufgerufen und eine Erklärung der kubanischen Bischöfe aufgegriffen. Die wiederum hatten vor der Gefahr

eines „sozialen Chaos“ gewarnt. „Kuba braucht Veränderungen – und diese werden immer dringlicher“, so die Geistlichen. Zugleich erklärten sie sich bereit, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln.

Washington blockiert seit Mitte Dezember Öllieferungen von Venezuela nach Kuba, um die kommunistische Führung auf der Insel wirtschaftlich unter Druck zu setzen. Trump hatte auf der Plattform Truth Social erklärt, Kuba habe jahrelang von venezolanischem Öl und Geld gelebt und im Gegenzug Unterstützung im Sicherheitsbereich geleistet, dies sei nun jedoch vorbei.

Inzwischen hat das US-Finanzministerium zumindest angekündigt, die Ölsanktionen, die die ohnehin schon katastrophale Versorgungslage auf Kuba weiter verschärft hatten, zu lockern. Demnach dürfen US-Firmen venezolanisches Öl an Kuba weiterverkaufen – allerdings nur an privatwirtschaftliche Unternehmen. Havanna und Washington befinden sich derzeit in Verhandlungen, US-Präsident Donald Trump brachte zuletzt jedoch auch eine „friedliche Übernahme“ der Verwaltung ins Spiel.

[USA sanktionieren Kuba: Spritmangel zwingt viele aufs Fahrrad - DER SPIEGEL](#)

8. Termine

14. April 2026: 3. Forum Wirtschaftssanktionen, 13:00-18:30 Uhr, Frankfurt

Am Dienstag, den 14. April 2026, findet in Frankfurt/Main das 3. Forum Wirtschaftssanktionen von PwC statt. Die Veranstaltung besteht aus Workshops, Diskussionsrunden und Impulsvorträgen zu aktuellen Sanktionsthemen. Unter anderem werden Experten aus dem Auswärtigen Amt, aus Industrie und Finanzwirtschaft sowie von Wirtschaftsverbänden zu Wort kommen.

Zielgruppe der Veranstaltungen sind Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen, die sich über aktuelle Sanktionsentwicklungen informieren und ihre Compliance verbessern wollen.

Austragungsort ist das PwC Experience Center (Tower 185) in Frankfurt am Main. Im Anschluss an die Tagung besteht ab 18:30 Uhr im Rahmen eines Get-Togethers die Möglichkeit zur weiteren Vernetzung.

Anmeldung und weitere Informationen: [3. Forum Wirtschaftssanktionen 2026](#)

9. Tipps & Links

Im Rahmen ihrer Sanktionsmaßnahmen gegen Russland hat die EU rund 210 Milliarden Euro an russischen Staatsvermögen eingefroren und rund 28 Milliarden Euro an privaten Vermögenswerten innerhalb ihres Hoheitsgebiets gesperrt. Die EU beschäftigt sich bereits seit längerer Zeit, ob diese Gelder als Reparationszahlungen Russlands an die Ukraine gemäß dem Völkerrecht genutzt werden können. In einer **Studie, die das Europäische Parlament** in Auftrag gegeben hat, wird argumentiert, dass ein EU-Instrument im Hinblick auf die Immunität von Zentralbankvermögen gerechtfertigt werden kann, indem es eine neue Interpretation der Beziehung zwischen Verfahrensregeln zu Immunitäten und sekundären Regeln zu Gegenmaßnahmen bietet. Gleichzeitig wird jedoch auf erhebliche rechtliche Risiken hingewiesen: [EU sanctions and Russia's frozen assets](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMWE-Übersichtsseite zu Sanktionen mit vielen weiterführenden Links und Dokumenten:

[BMWE - Sanktionen](#)

Weitere Hinweise zum Thema: [BMWE - Schnellübersicht: Sanktionsdurchsetzung in Deutschland](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

[Bundesfinanzministerium - Umsetzung der Russland-Sanktionen – Kurzüberblick](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zollltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zollltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter numerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-Sanktions-Helpdesk für KMU:

[EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

EU-Dokumente zum 19. Sanktionspaket

[Verordnung \(EU\) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[Verordnung \(EU\) 2025/2037 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#) (Sanktionierte Personen und Unternehmen)

Sanktionen gegen Belarus vom 23. Oktober 2025:

[Verordnung \(EU\) 2025/2041 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/2039 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Die aktuelle Version der Frequently Asked Questions zu EU-Sanktionen (Stand 17. Dezember 2025)

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it.](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

[EU Sanctions Map](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:

[List of common high priority items - European Commission](#)

Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:

[List of economically critical goods - European Commission](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Hintergrundwissen | Exportkreditgarantien \(Hermesdeckungen\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU |](#)

[Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor:

[Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Ukraine

Ukrainisches Portal mit Recherchemöglichkeiten zu allen weltweit sanktionierten Unternehmen:

[The main portal about sponsors and supporters of the aggression](#)

Belarus

Belarus-Sanktionen Durchführungsbestimmungen zum 18. Sanktionspaket:

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1469 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:
[EU-Sanktionen gegen Belarus - Consilium](#)

Sanktions-Krisenhotline der AHK Belarus:

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7-21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

Spendenauf Ruf : Wärme für die Ukraine!

In einem Winter mit Temperaturen bis minus 30 Grad sehen sich die Menschen in der Ukraine unaufhörlichen Luftangriffen der russischen Armee auf ihre Wärme- und Stromversorgung ausgesetzt. Als Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft rufen wir Privatpersonen und Unternehmen dringend zur Unterstützung von Initiativen auf, um diese unbeschreibliche Not zu lindern:

Für Unternehmen:

Das Bundeswirtschaftsministerium hat eine Task Force zur Unterstützung der ukrainischen Energieversorgung eingerichtet. Gesucht wird dringend technische Ausrüstung wie etwa Transformatoren, Reparaturfahrzeuge, Schaltanlagen oder andere Anlagenkomponenten.

Senden Sie Ihre Spendenangebote entweder an die Task Force:

TF-Ukrainehilfe@bmwe.bund.de

oder an die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ:

helpenergyukraine@giz.de

Für alle Interessierten:

Über die Berliner Initiative „Ukraine2Power“ können Sie direkt für die Versorgung der Menschen in der Ukraine spenden:

[U2P – Ukraine to Power](#)

Für 80 Euro kann bereits ein Wärme- und Überlebenssets für Wohnungen bereitgestellt werden. Dieses besteht unter anderem aus einem Camping-Gaskocher für warme Getränke, einer elektrischen Heizdecke, Powerbanks und chemischen Handwärmern.

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Zielländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 (0)30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

